



Protokoll

2. Sitzung Gemeindeparlament vom Montag, 3. April 2023, 18:00 Uhr - 18:48 Uhr
Aula Reitmen, Badenerstrasse 82, Schlieren

Vorsitz Marc Folini, Präsident (Traktanden 1, 2 Wahl Präsident/Präsidentin)
Olivia Boccali, Präsidentin (ab Traktandum 2, Wahl 1. Vize Präsident/Präsidentin)

Protokoll Selina Brücker, Sekretärin

Anwesend 31

Entschuldigt Heidemarie Busch, SVP
Thierry Lustenberger, SP
Dominik Ritzmann, Grüne
Erol Sabotic, SP
Boris Steffen, SVP
Bea Krebs, RV Bildung und Jugend

Gäste keine

Fraktionserklärung FDP

Dominic Schläpfer (FDP) erklärt, dass viele Parlamentsmitglieder das mit Fr. 25'000.00 budgetierte und extern begleitete Regierungsprogramm 2022–2026 mit Spannung erwartet haben. Dieses wurde am Feierabendgespräch vom 20. März 2022 vom Stadtpräsidenten Markus Bärtschiger nochmals ausführlich erläutert. Die Regierungsverantwortung liegt beim Stadtrat und es macht einerseits Sinn, dass er sich selber Ziele setzt und andererseits, dass diese wiederum durch die Bevölkerung und das Parlament gemessen werden können. Umso erstaunter ist die Fraktion FDP auch nach der präsidialen Erläuterung, wie politisch einseitig und abgehoben die textarmen acht Seiten sind. Nachhaltigkeitsziele der UNO werden zur politischen Maxime in Schlieren. Ein Gemeinschaftszentrum will man aufbauen, eine Netto-Null-Schwammstadt mit Grüner Mitte soll es werden, partizipative Waldnutzung, ein Repair-Café, lebendige Limmat und subventionierte E-Ladestationen dürfen nicht fehlen. Die Stadtbibliothek soll als "Inspirationsraum" positioniert werden. Die Arbeitgeberattraktivität für die miteinbezogene Verwaltung will man mittels Lohnstruktur, Gesundheitsförderung und flexiblen Arbeitszeitmodellen – "Stichwort: 35 Stunden-Woche wie der Stadtrat Zürich?" – erhöhen. Aber wer soll das zahlen? Zu diesem Punkt äussert sich das Papier leider nicht. Den Bezug zur Wirtschaftsstrategie und zur Finanzplanung sucht man vergebens. Ebenso wenig findet man ein Bekenntnis zu dem, was der Schlieremer Haushalt trägt – die Gutverdiener, der Mittelstand und die ansässigen Firmen, welche für rund 2/3 des Steueraufkommens verantwortlich sind. Stattdessen schreibt man auch noch "Bezahlbarer Wohnraum" auf die Fahne. Auch die Themen: Schlankere Verwaltung, Energiesicherheit, Einfamilienhäuser-Quartier, Schulqualität, öffentliche Sicherheit, Präsenz und Intervention sucht man vergeblich. Ganz anders in Dietikon: Ein umfangreiches Regierungsprogramm für alle Bürgerinnen und Bürger, welches Form, Inhalt und konkreter Ziele, Pragmatismus und Qualität ausstrahlt. Es würde durchaus auch bescheidener gehen – auch grafisch – und politisch ausgewogener, wenn man dann wollte. Die eben präsentierte Jahresrechnung 2022 zeigt auf eindrückliche Weise, dass die Stadt, nicht zuletzt mit den entsprechenden Interventionen der Fraktion FDP, allen Grün-Linken zum Trotz, finanziell weiterhin erfolgreich unterwegs sein kann. Die Steuerkraft steigt, die Nettoschuld nimmt ab und in einem wirtschaftlich schwierigen Jahr hat man mehr Steuern gezahlt als budgetiert. Die Fraktion FDP wird aus ihrer Sicht die mehrheitlich Links-Grüne Zielsetzung aus dem Regierungsprogramm 2022–2026 bzw. die daraus entstehenden Geschäfte und Kosten für die Bevölkerung kritisch und konstruktiv begleiten.

**9/2023 0.4.1 Mitteilungen Gemeindeparlament 2022-2026
2. Sitzung vom 3. April 2023**

Protokoll

Das Protokoll der 1. Sitzung des Gemeindeparlaments vom 6. März 2023 wurde vom Büro am 21. März 2023 genehmigt.

Eingang Kleine Anfragen

Hanna Locherer hat am 2. März 2023 eine Kleine Anfrage betreffend "Anschrift beim Versand von Unterlagen an Haushalte" eingereicht.

Laura Zangger hat am 15. März 2023 eine Kleine Anfrage betreffend "Aktivierungstherapeutische Arbeit in Alters- und Pflegeeinrichtungen der Stadt" eingereicht.

Beantwortung Kleine Anfragen

Die Kleine Anfrage von Sarah Impusino betreffend "Energieverschwendung" wurde vom Stadtrat am 22. März 2023 beantwortet.

1. Präsident/Präsidentin (geheime Wahl)

Daniel Laubi (DM) schlägt Olivia Boccali (DM) zur Wahl vor. Der Vorschlag ist keine Überraschung, da Olivia Boccali bereits 1. Vize war. Olivia Boccali ist in Dietikon aufgewachsen und hat die Matura absolviert und danach an der UNI Zürich studiert. Sie hat einen Bachelor und Master in Rechtswissenschaften abgeschlossen. Aktuell ist sie als Juristin in einer Zuger Anwaltskanzlei tätig mit Spezialisierung "IT-Recht". Mit 18 Jahren hat Olivia Boccali angefangen zu politisieren – damals noch in der CVP Dietikon – und war dort sechs Jahre im Vorstand. Danach ist sie wegen der Liebe im 2016 nach Schlieren gezogen und hier in die Partei eingetreten. Am 9. April 2019 wurde sie ins Gemeindeparlament gewählt. Im 2022 hat sie die Nachfolge von Andres Uhl, welcher weggezogen ist, als 1. Vize angetreten und ist so dem Büro Gemeindeparlament beigetreten. Als ausgebildete Juristin hat sie sicherlich die nötigen Rucksäcke, um das Amt auszuüben. Olivia Boccali ist eine sehr angenehme Gesprächspartnerin – sie geht ohne Vorbehalt an neue Situationen heran und hört sich andere Meinungen an. Daher ist die Fraktion DM/EVP sicher, dass sie sich für das gesamte Parlament einsetzt und keine Parteipolitik betreibt. Vor einem Jahr hat Marc Folini sein Amt angetreten. Er war an der konstituierenden Sitzung krankheitshalber abwesend und Olivia Boccali ist kurzfristig eingesprungen. Sie hat die Sitzung mit Bravour durchgeführt. Olivia Boccali kann auch unvorhergesehene Situationen entschärfen. Die Fraktion DM/EVP findet, dass Olivia Boccali eine würdige Nachfolgerin ist und dankt für jede Stimme. Die Fraktion DM/EVP empfiehlt dem Gemeindeparlament, Olivia Boccali als Gemeindeparlamentspräsidentin für die Amtszeit 2023/2024 zu wählen.

Gemeindeparlamentspräsident Marc Folini stellt fest, dass keine weiteren Vorschläge bestehen und der Vorschlag somit nicht erweitert wird.

Ergebnis der geheimen Wahl

Ausgeteilte Wahlzettel	31
Eingegangene Wahlzettel	31
Leere Wahlzettel	1
Ungültige Wahlzettel	0
Massgebende Stimmen	30
Absolutes Mehr	16

Stimmen haben erhalten:

Olivia Boccali	30
Vereinzelte	0

Gewählt ist:

Olivia Boccali, DM, mit 30 Stimmen.

Marc Folini (GLP) führt aus, dass nun mit der Wahl sein Amtsjahr als Präsident endet. Marc Folini blickt zurück auf ein erlebnisreiches Jahr. Gestartet ist Marc Folini mit zwei Wünschen: Ein gut vorbereitetes Parlament, welches heftig, aber konstruktiv diskutiert. Zudem wünschte sich Marc Folini ein Parlament, welches sich als Teil von Schlieren sieht, zusammen mit der Verwaltung, der Bevölkerung, dem Stadtrat und allen anderen. Marc Folini freut sich, dass er auf dieses Jahr zurückblicken und sagen kann, dass seine Wünsche durch das Parlament erfüllt wurden. Das Parlament führte Schulungen zur Parlamentstätigkeit und einen Wissensaustausch zum Thema Budget durch. Zusammen und im Rahmen des Clean-Up-Days setzte sich das Parlament gegen Littering ein. Es wurden harte, aber konstruktive Vorlagen diskutiert und verabschiedet – für das neue Alterszentrum wurde dabei der grösste Kredit gesprochen.

Aber auch hinter den Kulissen ist viel passiert: Vor ziemlich einem Jahr hat Selina Brücker ihre Stelle als Parlamentssekretärin angetreten. Marc Folini ist unglaublich dankbar für die Unterstützung, ansonsten wäre er wahrscheinlich "aufgeschmissen gewesen". Daher dankt er ihr für die sehr kompetente und fleissige Arbeit in diesem Jahr. Ein neu zusammengestelltes Büro hat die Arbeit aufgenommen und Gas gegeben. In diesem Jahr wurde ein bereits langjähriges Problem angegangen und aufgelöst: das Pensum, resp. die Ressourcen des Parlamentssekretariats. Die ersten Früchte sollte man dabei in wenigen Wochen oder Monaten sehen, wenn die Audioprotokollierung eingeführt wird. Auch wurde im Büro der erste Schritt eines langen Wegs gemacht: Totalrevision Geschäftsordnung. Nicht zuletzt wurde eine Spezialkommission Bau- und Zonenordnung gegründet. Es war eine tolle Erfahrung für Marc Folini – er konnte durch die Aufgabe wachsen. Dennoch ist er froh, dass er ab nun wieder mitdiskutieren und teilnehmen kann. Marc Folini freut sich auch darauf, dass man mit Olivia Boccali eine kompetente Präsidentin für das kommende Jahr erhalten hat.

Ab hier übernimmt Olivia Boccali (DM) als neu gewählte Parlamentspräsidentin den Vorsitz.

Parlamentspräsidentin Olivia Boccali bedankt sich bei den anwesenden Personen für die Wahl sowie das entgegengebrachte Vertrauen. Zudem bedankt sie sich bei Marc Folini sowie Daniel Laubi für die lieben Worte. Olivia Boccali freut sich sehr auf das Amtsjahr und die damit verbundenen Aufgaben. Sie erhofft sich spannende, hitzige, aber faire Debatten. Auch sollen vorteilhafte Geschäfte für Schlieren gemeinsam erarbeitet werden.

2. 1. Vizepräsident/Vizepräsidentin (geheime Wahl)

Die IFK schlägt Rixhil Agusi (SP) zur Wahl vor. Weitere Vorschläge werden nicht eingereicht.

Ergebnis der geheimen Wahl

Ausgeteilte Wahlzettel	31
Eingegangene Wahlzettel	31
Leere Wahlzettel	1
Ungültige Wahlzettel	0
Massgebende Stimmen	30
Absolutes Mehr	16

Stimmen haben erhalten:

Rixhil Agusi	28
Vereinzelte	2

Gewählt ist:

Rixhil Agusi, SP, mit 28 Stimmen.

3. 2. Vizepräsident/Vizepräsidentin (geheime Wahl)

Die IFK schlägt Sasa Stajic (FDP) zur Wahl vor. Weitere Vorschläge werden nicht eingereicht.

Ergebnis der geheimen Wahl

Ausgeteilte Wahlzettel	31
Eingegangene Wahlzettel	31
Leere Wahlzettel	1
Ungültige Wahlzettel	0
Massgebende Stimmen	30
Absolutes Mehr	16

Stimmen haben erhalten:

Sasa Stajic	28
Vereinzelte	2

Gewählt ist:

Sasa Stajic, FDP, mit 28 Stimmen.

4. Stimmzählende

Die IFK schlägt folgende Mitglieder des Gemeindeparlaments zur Wahl als Stimmzählende vor:

- Marc Folini, GLP (neu)
- Regula Macciachini-Zahner, SVP (bisher)
- Laura Zangger, Grüne (bisher)

Weitere Vorschläge werden nicht eingereicht.

Das Gemeindeparlament beschliesst gemäss § 80 Abs. 1 der Geschäftsordnung:

1. Für das Amtsjahr 2023/2024 werden
 - Marc Folini, GLP (neu)
 - Regula Macciachini-Zahner, SVP (bisher)
 - Laura Zangger, Grüne (bisher)

als Stimmzählende des Gemeindeparlaments gewählt.

Den Stimmzählenden werden folgende Blöcke zugeteilt:

Laura Zangger	Mittlerer Block und Präsidium (Mitglieder DM, EVP, GLP und Präsidium)
Marc Folini	Rechter Block (Mitglieder FDP und SVP)
Regula Macciachini-Zahner	Linker Block (Mitglieder SP und Grüne)

2. Über die geheimen Wahlen des Präsidiums sind separate Protokolle erstellt worden.

11/2023 0.4.0.1

Postulat von David Baumann betreffend "Einführung eines Jugendparlaments in Schlieren" Überweisung

Am 17. Februar 2023 ist das folgende Postulat von David Baumann eingegangen:

"Der Stadtrat wird aufgefordert, die Einführung eines Jugendparlaments zu prüfen und dem Gemeindeparlament darüber Bericht zu erstatten, ob und in welcher Form er dem überwiesenen Postulat zu entsprechen gedenkt oder entsprochen hat.

Begründung:

Bei den Kantonswahlen vom 14. Februar 2023 hat Schlieren mit einer Wahlbeteiligung von 21.2% den 4. letzten Platz der gesamten Zürcher Gemeinde eingenommen. Bereits die kommunalen Wahlen im Jahr 2022 (Erneuerungswahl von 36 Mitgliedern des Gemeindeparlaments) wiesen eine tiefe Beteiligung von 27.3% auf.

Es zeigt sich ein zunehmendes Desinteresse für die Schweizer Politik und es wird zunehmend schwieriger, neue, junge Mitglieder für jegliche Parteien für die passive oder gar aktive Teilnahme in der Gemeindepolitik zu begeistern.

Damit die Stadt Schlieren der aktuellen Entwicklungen entgegenwirken kann, müssen jetzt Massnahmen definiert werden, um die Jugendlichen der Stadt für die Politik zu begeistern. Begeisterung kann dabei durch aktive Einbindung gefördert werden, indem sie politische Vorstösse im Rahmen eines eigenen Parlaments behandeln und allenfalls auch finanzielle Beiträge für Projekte im Jugendbereich auf Basis eines vom «Erwachsenen»-Parlament bestimmten Betrags sprechen können.

Durch die Bildung eines Jugendparlaments verfügen die Jugendlichen über einen Kanal für ihre Anliegen und zudem wird die politische Bildung gefördert. Die Einführung eines solchen Parlaments hat zusätzlich Signalwirkung nach aussen und es wird deutlich, dass sich Schlieren für die Jugend und Bildung einsetzt. Gleichzeitig ist es eine Chance für die Schlieremer Schulen, beim Aufbau und der Begleitung des Jugendparlaments mitzuwirken."

Begründung

David Baumann (GLP) erklärt, dass seine Frau vor vier Jahren gesagt hat, sie habe eine schöne Wohnung in Schlieren gefunden und möchte dorthin ziehen. Damals habe er mit Entsetzen geantwortet: "Never ever ziehe ich von Oerlikon nach Schlieren." Gedanklich war er da beim damaligen Image, den satirischen Beiträgen oder kritischen Zeitungsartikeln über Schlieren. Wie man sehen kann, habe seine Frau den "Machtkampf" gewonnen. Heute muss David Baumann eingestehen, dass Schlieren eine wunderbare Stadt mit Potenzial in sämtlichen Bereichen ist. David Baumann ist v. a. politisch aktiv wegen zwei Ereignissen: die Pandemie und Black Lives Matter. Geschockt von Aussagen im Umfeld habe er gedacht, dass es an der Zeit ist, aktiv im Politgeschehen mitzuwirken – in welcher Form auch immer. David Baumann hatte schon immer Interesse an der Politik und hat eine "Top-Ausbildung" genossen. Dennoch hatte er keine Ahnung von den kommunalen Prozessen auf der politischen Ebene. Es kann sein, dass er während seiner Schulzeit die Theorie der Gewaltentrennung gelernt hatte. Aber er hatte nie Kontakt mit lokalen Politikern, noch war er je in einem Gemeindeparlament. Somit war ihm die Praxis des Gemeindeparlaments unbekannt. Damit Jugendliche und Kinder ein Interesse gegenüber der Politik aufbauen können, reicht die Theorie nicht. Es benötigt Erlebnisse und die Möglichkeit, sich aktiv einzubringen und mitzugestalten. Während des letzten Jahrs hat er im Zentrum von Schlieren zum ersten Mal Wahlkampf betrieben. Dabei hatte er Gespräche mit einer Gruppe von 18-Jährigen. Dabei hat sich herausgestellt, dass leider keine der

jungen Personen eine Stimme für ihn abgeben kann, da niemand einen Schweizer Pass hatte. Aber unabhängig davon, haben sie unterschiedliche politische Themen (u. a. Klimapolitik, Migrationspolitik) diskutiert. Es war extrem spannend für David Baumann. Was ihm am meisten geblieben ist, dass die jungen Personen ihm "Danke gesagt haben" und dass sie sich in Zukunft mehr Gedanken zur Politik machen wollen. David Baumann gab ihnen die Hand – auch wenn nur schon eine junge Person durch dieses Gespräch politisch aktiver wird, ist er sehr glücklich. Darum hat David Baumann auch dieses Postulat formuliert, sodass man in Zukunft die jungen Personen für politische Institutionen begeistern, sowie die Integration, Bildung und Verbindung zu Schlieren fördern kann. Als Parlament darf man den Draht zu den jungen Personen nicht verlieren – nicht nur wegen den tiefen Wahl- und Stimmbeteiligungen, sondern auch wegen den Interessen der Zukunft und damit diese in politischen Entscheidungen berücksichtigt werden können. Wenn Schlieren ein Jugendparlament einführt, dann gibt es eine Signalwirkung im Kanton – vor allem auch, weil in der Schweiz erst ca. 80 Gemeinden ein Jugendparlament führen. Es wird klar, Schlieren hat nicht umsonst die bessere Lebensqualität wie Thun oder Lugano. Der Postulant dankt dem Stadtrat für die Entgegennahme und er ist zuversichtlich, dass so die Attraktivität von Schlieren gesteigert werden kann.

Stellungnahme des Stadtpräsidenten

Stadtpräsident Markus Bärtschiger wünscht das Wort nicht.

Diskussion

Michael Koger (SP) führt aus, dass die Fraktion SP das Postulat unterstützt. Die Fraktion SP unterstützt jegliche Bemühungen, dass das politische Interesse von jugendlichen Personen fördert und die politische Partizipation unterstützt. Eine solche Möglichkeit stärkt die Identifikation mit Schlieren und kann dadurch zu mehr Engagement von jugendlichen Personen in der Stadt führen. Es scheint der Fraktion SP jedoch wichtig, dass nicht bereits bestehende Konzepte von anderen Gemeinden kopiert werden. Vielmehr soll eine fachliche Beratung die optimale Lösung für Schlieren hervorbringen.

Parlamentspräsidentin Olivia Boccali stellt fest, dass keine weiteren Wortmeldungen gewünscht sind.

Das Gemeindeparlament beschliesst gemäss § 69 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Gemeindeparlaments:

1. Das Postulat von David Baumann betreffend "Einführung eines Jugendparlaments in Schlieren" wird an den Stadtrat überwiesen.
2. Gegen diesen Beschluss kann innert 30 Tagen, von der Mitteilung an gerechnet, beim Bezirksrat Dietikon schriftlich Rekurs erhoben werden. Der Rekurs hat einen Antrag und dessen Begründung zu enthalten. Allfällige Beweismittel sind beizulegen oder genau zu bezeichnen.
3. Mitteilung an
 - Stadtschreiberin
 - Abteilungsleiterin Bildung und Jugend
 - Archiv

Postulat von Dominik Ritzmann betreffend "Förderung erneuerbare Energien"
Beschluss GP: Antrag auf Abschreibung

Am 4. Januar 2022 ist das folgende Postulat von Gemeindeparlamentarier Dominik Ritzmann und einem Mitunterzeichnenden eingegangen, am 14. März 2022 vom Gemeindeparlament an den Stadtrat überwiesen worden und mit Beschluss des Gemeindeparlaments vom 24. Oktober 2022 auf der Pendenzenliste belassen worden.

"Förderung erneuerbare Energien

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er mit einem Förderprogramm den Ausbau erneuerbarer Energien und energieeffizientes Bauen in Schlieren vorantreiben kann.

Begründung:

Am 13. Juni 2021 wurde in Schlieren mit 51,6% das Co2-Gesetz (im Gegensatz zur CH) angenommen. Am 28. November 2021 wurde in Schlieren das Energiegesetz mit 62,6% angenommen. Diese beiden Abstimmungen zeigen auf, dass sich die Mehrheit der Schlieremer Bevölkerung eine griffige grüne Energiepolitik wünscht. Diesem Ansinnen diametral entgegengesetzt, steht der Stadtratsbeschluss 206/2019 «Sonnenenergie Förderprogramm Beendigung» vom 9. Oktober 2019. Das Förderprogramm war tatsächlich nicht von grossem Erfolg gekrönt. Anstatt aber zu überlegen, wie man den Ausbau erneuerbarer Energien vorantreiben kann, wurde das Programm ersatzlos gestrichen. Die Stadt Dietikon kennt ein solches Förderprogramm. Ziel soll es jedoch nicht sein, ein bereits bestehendes zu kopieren, sondern ein für Schlieren passendes und griffiges Förderprogramm auszuarbeiten. So könnte durch dieses nicht nur der Bau von PV-Anlagen, Erdsonden, energieeffizientes Bauen, etc. unterstützt werden, sondern beispielsweise auch obligate Rückbaukosten bei der Gasleitung übernommen werden. Das Förderprogramm soll keine Alibiübung werden. Ziel muss es sein, den Ausbau erneuerbarer Energieträger zu forcieren und die Energieeffizienz von Gebäuden zu verbessern. Leider werden energetische Gebäudesanierung häufig als Ausrede für Massenkündigungen und massive Mietaufschläge benutzt. Aus diesem Grund könnte die Unterstützung an die Bedingung geknüpft werden, dass eine solche nur ausbezahlt wird, wenn den Mieterinnen und Mietern nicht gekündigt wird. Ein Förderprogramm nützt allerdings nichts, wenn niemand davon weiss und die Leute die Übersicht über die Unterstützungen und Förderungen verlieren. Die nötigen Informationen müssten aktiv erfolgen und auf der Homepage gut ersichtlich sein. Ganz im Gegenteil zu heute, wo im Dokument «Energiepolitik der Stadt Schlieren» immer noch auf das oben erwähnte beendete Förderprogramm verwiesen wird."

1. Bericht an das Gemeindeparlament

Der Postulant weist darauf hin, dass sich die Mehrheit der Schlieremer Bevölkerung eine ambitionierte und griffige Energiepolitik wünscht, was in der Zustimmung der Stimmberechtigten zum CO₂-Gesetz (2019) und zum kantonalen Energiegesetz (2021) zum Ausdruck kommt.

Der Stadtrat will mit einer auf Schlieren zugeschnittenen Netto-Null-Strategie das Klima schützen und dadurch die kantonalen, nationalen und internationalen Umweltziele unterstützen.

2. Was bis heute erreicht wurde

Die Stadt hat schon viel erreicht. Zu diesem Ergebnis haben das Energiekonzept 2020 mit Schlussbericht vom 24. Februar 2009 und der Kommunale Energieplan, welcher am 11. Mai 2016 vom Regierungsrat genehmigt wurde, beigetragen. Der Wärmebedarf soll trotz Wachstum von Bevölkerung und Arbeitsplätzen reduziert werden und dessen Deckung zunehmend mit erneuerbaren Energien

erfolgen. Zu erwähnen ist insbesondere der grosse Energieverbund, der in Zusammenarbeit mit der Schweizerischen Post und den ewz realisiert wurde und weiter ausgebaut wird. Dadurch kann die Abwärme aus Industrieanlagen, Umweltwärme, Grundwasser und Abwasser genutzt, fossile Energien ersetzt und der CO₂-Ausstoss bis zu 8'310 Tonnen pro Jahr reduziert werden.

Die Wirkung dieser Massnahmen hat sich auch in den relevanten energiepolitischen Kennzahlen für das Stadtgebiet niedergeschlagen. Die Anschlüsse an den ewz-Energieverbund mit einem Mindestanteil erneuerbarer Energien von 75 % und damit auch die Absatzmengen konnten im selben Zeitraum von 43 auf 58 Gigawattstunden erhöht werden. Auch die Anzahl der auf dem Stadtgebiet installierten Wärmepumpen hat sich in den letzten sechs Jahren um rund 50 % erhöht und bei der Photovoltaik war eine Verdreifachung der Anlagen festzustellen. Hinzu kommt, dass der Biogasanteil am Gasabsatz von 2018 (14 %) auf 37 % im Jahr 2021 gesteigert wurde. Alle diese Indikatoren weisen auf eine erfolgreiche und griffige Energiepolitik in Richtung Ausbau der erneuerbaren Energien bzw. der Dekarbonisierung der bisher stark fossil geprägten Wärmeversorgung hin.

3. Aktuelle Themen

Um die Energiewende erfolgreich mitzugestalten hat der Stadtrat diverse Energiethemen in das Regierungsprogramm 2022–2026 aufgenommen. So wird eine Nachhaltigkeitsstrategie, welche eine Netto-Null-Strategie mit Massnahmen beinhaltet, erarbeitet. Parallel dazu werden der Energieplan und die Gasstrategie angepasst.

2022 wurde im Rahmen einer Machbarkeitsstudie mit Abklärungen begonnen, um in Erfahrung zu bringen, ob mit einem Nahwärmeverbund Schulhaus Zelgli die Dekarbonisierung in diesem Teil der Stadt vorangetrieben werden kann.

Mit den eigenen städtischen Gebäuden bereitet sich der Stadtrat auf den Gasausstieg vor. So wurde das Innovations- und Jungunternehmerzentrum IJZ an der Rütistrasse 12–18 2022 vom Gas abgekoppelt und an den Fernwärmeverbund ewz angeschlossen. Für die weiteren städtischen Gebäude werden Ausstiegsszenarien aus der Gasversorgung erarbeitet und der Ersatz bestehender Gasheizungen bis 2030 geplant. Die geschätzte Summe dafür beläuft sich auf rund 5.0 Mio. Franken.

Um im Thema Netto-Null weiter Fahrt aufzunehmen wurden temporär mehrere Arbeitsgruppen gebildet. Ein internes Team treibt stadt-eigene und auch Photovoltaik-Projekte von dritten voran. Es werden diverse Ideen geprüft, ob nach Möglichkeit und bei Bedarf auch eine Dachpartnerschaft zusammen mit einer Contracting-Firma eingegangen werden kann. Bei dieser Lösung würden sich nicht nur städtische Dächer anbieten, sondern auch private. Die Bevölkerung hätte dadurch die Möglichkeit, sich mit Solarpanels als Kleininvestierende zu beteiligen. Ein weiteres Team koordiniert die städtischen Elektroladestationen mit den öffentlichen.

Um die Bevölkerung möglichst einfach über Energiethemen, wie beispielsweise Energieberatung und Fördergelder zu informieren, hat die Stadt zusammen mit externen Partnern eine separate Webseite mit Energiethemen ins Leben gerufen (www.meine-energie-schlieren.ch).

Zu guter Letzt wurde vorübergehend, mit internen und externen Fachspezialisten, ein Team zur Energieberatung gebildet. Getrieben durch die Energiekrise gelangt die Bevölkerung vermehrt mit Energiefragen an die Stadt. Einige Fragen beziehen sich auch auf die Fördermöglichkeiten. Durch die Vielfalt der Förderprogramme, welche bei unterschiedlichen Stellen zu beantragen sind, fällt es schwer, sich einen Überblick zu verschaffen. Hier sieht der Stadtrat die Möglichkeit mit dem grössten Wirkungsgrad. Die Förderprogramme selbst sind nach Meinung des Stadtrats ausreichend vorhanden. Aus diesem Grund ist der Stadtrat überzeugt, dass die Bevölkerung auf diesem Weg abgeholt und begleitet werden soll und zieht es daher vor, die Energieberatung auszubauen und nicht einen weiteren Topf an Fördergeldern bereitzustellen. Nach einer 30-minütigen Beratung, deren Kosten durch die Stadt übernommen werden, weiss die Kundschaft bei welcher Beratungsstelle sie sich mit ihren Anliegen melden kann und wo sie die ihr zustehenden Fördergelder beantragen kann.

4. Nutzen von Förderprogrammen

Die Absicht eines kommunalen Förderprogramms für erneuerbare Energien und energieeffizientes Bauen ist dann gegeben, wenn damit zusätzliche Beiträge zur Erreichung der energiepolitischen Ziele erreicht werden können sowie Kosten und Nutzen in einem vernünftigen Verhältnis stehen. Dabei ist in der föderalistischen Schweiz zu beachten, dass auch der Kanton Zürich und der Bund schon diverse Fördermassnahmen anbieten. So fördert der Bund Photovoltaikanlagen (PVA) aller Grössen in der ganzen Schweiz durch die sogenannte Einmalvergütung. Auch der Kanton Zürich bietet zahlreiche Fördermassnahmen an: Für den Heizungsersatz, den Einsatz von Wärmepumpen sowie thermischen Solaranlagen bis zu Wärmedämmmassnahmen und Gesamterneuerungen. Ferner bieten die Elektrizitätswerke des Kantons Zürich Fördermassnahmen für energieeffiziente Haushaltsgeräte an.

Aufgrund des Gebots der sparsamen Verwendung von Steuermitteln sollten sogenannte Mitnahmeeffekte möglichst vermieden werden. Es gilt zu vermeiden, Sachverhalte zu fördern, die mutmasslich auch ohne zusätzliche kommunale Fördermassnahmen umgesetzt würden. Dieser Umstand ist vor allem dann vorhanden, wenn mehrere Akteure die gleichen Gegebenheiten fördern oder neue energetische Vorschriften eingeführt werden, welche die förderwürdigen Sachverhalte unter bestimmten Rahmenbedingungen zu gesetzlicher Pflicht werden lassen. Seit dem 1. September 2022 ist in Zürich das neue kantonale Energiegesetz in Kraft getreten. Das Gesetz lässt nur noch in Ausnahmesituationen zu, dass fossile Heizungssysteme durch neue fossile Systeme ersetzt werden. Damit werden auch ohne zusätzliche Fördermassnahmen massive Anreize für die Installation von Wärmepumpen oder für den Anschluss an Fernwärmenetze mit erneuerbaren Energien gesetzt. Schon seit längerer Zeit wurden im Kanton Zürich zudem durch gesetzliche Regelungen für Neubauten in vielen Fällen Anreize gesetzt, im Rahmen von Nachverdichtungen bei Ersatzneubauten PVA zu installieren.

5. Schlussfolgerungen

Das Anliegen, ein kommunales Förderprogramm für den Ausbau erneuerbarer Energien und das energieeffiziente Bauen in Schlieren zu lancieren, fokussiert sich auf Bereiche, in denen durchaus noch Verbesserungspotenzial besteht. Allerdings werden seitens Kanton Zürich und des Bundes bereits zahlreiche Fördermassnahmen in diesen Bereichen angeboten. Das neue kantonale Energiegesetz dürfte einige dieser Sachverhalte de facto als gesetzliche Mindestmassnahmen definieren, was zusätzliche Fördermassnahmen obsolet macht. Ferner ist anzunehmen, dass auch auf nationaler Ebene künftig zusätzliche gesetzliche Auflagen – beispielsweise im CO₂-Bereich – eingeführt werden, was vermehrte Anreize in Richtung erneuerbare Energien und energieeffizientes Bauen setzen wird.

Aus den oben erwähnten nicht abschliessenden Beispielen ist ersichtlich, dass die Stadt bezüglich erneuerbarer Energien und CO₂ Reduktion schon viel unternommen hat und noch viel unternommen wird. Die Energiewende wird mit hohen finanziellen Aufwendungen auf allen Ebenen verbunden sein. Es gilt sehr sorgsam abzuwägen, ob und in welchen Bereichen zusätzliche Fördergelder mit grösstem Nutzen eingesetzt werden sollen. Der Stadtrat ist auch nach der zweiten Prüfung der Meinung, dass zum heutigen Zeitpunkt ein zusätzliches kommunales Förderprogramm nicht den gewünschten Mehrwert bringt.

Der Stadtrat beschliesst:

1. Dem Gemeindeparlament wird beantragt zu beschliessen:

Das Postulat von Dominik Ritzmann betreffend "Förderung erneuerbare Energien" wird im Sinne von § 92 der Geschäftsordnung des Gemeindeparlaments als erledigt abgeschrieben.

Behandlung im Gemeindeparlament

Manuel Kampus (Grüne) erklärt, dass Dominik Ritzmann an der heutigen Sitzung krankheitshalber abwesend ist. Beide sind einverstanden mit der Abschreibung. Die Stadt hat etwas gemacht und u. a. eine Website aufgebaut. Die Meinung von Dominik Ritzmann konnte man in der Limmattaler Zeitung lesen.

Stellungnahme des Ressortvorstehers Werke, Versorgung und Anlagen

Stadtrat Beat Kilchenmann wünscht das Wort nicht.

Parlamentspräsidentin Olivia Boccali stellt fest, dass keine weitere Wortmeldung und kein Antrag zur Belassung auf der Pendenzenliste vorliegen.

Das Gemeindeparlament beschliesst gemäss § 69 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Gemeindeparlaments:

1. Das Postulat von Dominik Ritzmann betreffend "Förderung erneuerbare Energien" wird als erledigt abgeschrieben.
2. Mitteilung an
 - Stadtschreiberin
 - Archiv

Postulat von Manuel Kampus betreffend "Kreislaufwirtschaft in Schlieren"
Beschluss GP: Antrag auf Abschreibung

Am 28. September 2022 ist das folgende Postulat von Gemeindeparlamentarier Manuel Kampus eingegangen und am 21. November 2022 vom Gemeindeparlament an den Stadtrat überwiesen worden:

"Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie darauf hingewirkt werden kann, dass der neue Verfassungsartikel 106a «Stoffkreisläufe» sobald als möglich in Schlieren umgesetzt wird. Insbesondere soll aufgezeigt werden, welches die Handlungsfelder in Schlieren sind und welche Massnahmen getroffen werden müssen.

Begründung

Die Zürcher Stimmbevölkerung hat am 25. September 2022 mit einem JA-Stimmenanteil von 89,3% dem neuen Verfassungsartikel 106 a «Stoffkreisläufe» zugestimmt. Der Kanton Zürich und auch die Gemeinden stehen damit in der Verantwortung.

*Mehr als zwei Drittel der gesamten Abfälle im Kanton Zürich stammen aus Bautätigkeiten. Davon wird im Kanton Zürich, dank innovativen Unternehmer*innen aktuell bereits zwei Drittel recycelt und wiederverwendet. So kann beispielsweise aus Beton- und Mauerwerksabbruch Recyclingbeton hergestellt werden. Trotzdem werden noch immer sehr grosse Mengen an Bauabfällen direkt deponiert und nicht in den Kreislauf der Baustoffe zurückgeführt.*

Das Beispiel Foodwaste zeigt, dass die gesamte Wertschöpfungskette berücksichtigt werden muss. 30% aller Lebensmittel in der Schweiz werden nicht konsumiert. Von diesen werden 28% zuhause weggeworfen und 72% werden entsorgt, noch bevor sie in den Verkauf gelangen. Hier fällt mit 17% ein Grossteil im Handel und der Gastronomie an. Dort gibt es bereits Ansätze, Abfälle zu vermeiden: Läden, die Backwaren des Vortages günstiger verkaufen, Plattformen, die günstig am Ende des Tages Reste aus der Gastronomie vermitteln und öffentliche Kühlschränke, die mit Restposten bestückt werden.

15 Kilogramm pro Person an Elektroschrott retournierte die Schweizer Bevölkerung 2020 an die Verkaufsstellen. Dies entspricht einem Fernseher pro Jahr pro Person. Anderweitig entsorgte Geräte sind davon ausgenommen. Um den Abfallberg effektiv zu reduzieren, könnten niederschwellig und lokal in allen Gemeinden Ausleihbörsen gefördert werden. Denn viele besitzen neben den täglich genutzten Geräten auch solche, die selten zum Einsatz kommen (Schlagbohrmaschine oder Hochdruckreiniger). Insbesondere Bibliotheken und andere öffentliche Gebäude würden sich dazu eignen.

Deshalb muss sich die Stadt Schlieren Gedanken machen, wie sie diesen neuen Artikel umsetzen kann. Eine Kreislaufwirtschaft ist ein regeneratives System, in dem Ressourceneinsatz und Abfallproduktion, Emissionen und Energieverschwendung durch das Verlangsamen, Verringern und Schliessen von Energie- und Materialkreisläufen minimiert werden; dies kann durch langlebige Konstruktion, Instandhaltung, Reparatur, Wiederverwendung und Recycling erzielt werden."

1. Bericht an das Parlament

1.1. Ausgangslage

Die Kreislaufwirtschaft als Teil einer nachhaltigen Lebensweise nimmt in der Gesellschaft berechtigter Weise immer stärker an Bedeutung zu. Auch für den Stadtrat sind die Themen der Nachhaltigkeit zentral und wurden deshalb im aktuellen Regierungsprogramm entsprechend hoch priorisiert.

"Gemeinsam nachhaltig in die Zukunft" - so lautet der Leitsatz des Stadtrats im Regierungsprogramm 2022–2026. Im Schwerpunkt "Klimawandel" wurde dazu auch explizit ein Handlungsfeld "Kreislaufwirtschaft fördern" und dazugehörige Massnahmen festgehalten. Nebst der konkreten Auseinandersetzung und der weiteren Entwicklung von einzelnen Massnahmen mit Bezug auf die Kreislaufwirtschaft geniessen aber auch die Themen der Energieversorgung, der Netto-Null-Strategie sowie der Umgang mit der Klimaveränderung generell Priorität.

Das Anliegen des Postulanten ist demnach in den strategisch-politischen Zielpapieren mit der gewünschten Priorität eingeflossen. Es gilt in den nächsten Jahren, die bereits bestehenden Massnahmen im Sinne der Kreislaufwirtschaft zu erhalten und neue Massnahmen im Rahmen der Möglichkeiten umzusetzen.

Ein wichtiger Akteur bei der Entwicklung der Kreislaufwirtschaft ist jedoch der Kanton Zürich. Die Federführung liegt beim Amt für Wasser, Energie und Luft (AWEL).

1.2. Massnahmen Kanton Zürich

Aktuell erarbeiten die Verantwortlichen des Kantons eine kantonale Strategie zur Kreislaufwirtschaft (KLW) 2023. Dazu fanden bereits Workshops statt und erste Handlungsfelder wie z. B. Bauen, Produktion, Handel und Konsum, Abfallwirtschaft, Finanzwesen und Dienstleistungen und zusätzliche Information, Sensibilisierung und Bildung sowie Innovationsförderung wurden definiert.

Die Gemeinden wurden anlässlich des Gemeindeforum 2022, an welchem das AWEL "Werkstatteinblicke" in die Kreislaufwirtschaft des Kantons Zürich und das Kantonale Leitbild "Nachhaltige Ernährung" gewährte, über den Stand der Arbeiten informiert. Dabei zeigte sich, dass beispielsweise auch Massnahmen mit Fokus auf das Klima und gegen die Verschwendung von Lebensmitteln geplant sind.

Der Kanton will die Themen der Kreislaufwirtschaft gesamtheitlich angehen und sieht Chancen für die Gesellschaft und die Wirtschaft, insbesondere für den Kanton Zürich als Wirtschafts-, Innovations- und Wissensstandort. Die genannte Strategie ist aktuell in Erarbeitung und soll vor der Verabschiedung durch den Regierungsrat im Frühjahr/Sommer 2023 den Gemeinden zur Vernehmlassung zugestellt werden.

Aus Sicht des Kantons wird die neue Strategie mutmasslich folgende Auswirkungen auf die Gemeinden haben:

- Einnehmen einer Vorbildrolle bei der Beschaffung als Bauherrschaft und Marktteilnehmende
- Schlüsselrolle bei der Abfallwirtschaft; steigende Erwartungen an Separatsammlungen und Reparaturmöglichkeiten
- Mitgestaltung der Weiterentwicklung des Entsorgungskonzepts für Rück- und Umbauten zu einem Versorgungskonzept
- Räume und Platz schaffen für Lagerung und Reparaturen
- Information der Bevölkerung über Kreislaufwirtschaftsthemen

1.3. Massnahmen Stadt Schlieren

Die Stadt will und wird sich grundsätzlich an die vom AWEL erarbeitete Strategie und Stossrichtung anlehnen. Doch der Stadtrat befasst sich schon länger mit dem Thema Kreislaufwirtschaft und hat bereits vereinzelt Massnahmen umgesetzt.

So gibt es schon heute zwölf Sammelstellen, um möglichst viele Wertstoffe im Kreislauf zu halten. Zwei Mal jährlich findet der Gebrauchtwarentausch "Bring- und Holtag" statt, welcher von der Bevölkerung sehr geschätzt wird. Auch der jährlich stattfindende Clean-Up-Day trägt zur Kreislaufwirtschaft bei. Der gesammelte Abfall, wie z. B. Büchsen und Flaschen, wird getrennt und wieder in den Kreislauf eingeführt. Zusammen mit den Vorsteherinnen und Vorstehern der Konferenz der Gesundheitsvorstände und -sekretäre des Bezirks Dietikon (GVSBD) wurde für die Jahre 2022–2024 ein

Pilotprojekt initiiert, um Kunststoffe der Haushalte separat zu sammeln. Das Projekt ist derzeit aber aufgrund eines Rechtsverfahrens blockiert.

Der Bereich Gesellschaft unterstützt jedes Jahr die Durchführung einer grossen Kinderkleiderbörse, wo gebrauchte Baby- und Kinderkleider für wenig Geld erstanden werden können. Am Kinderflohmarkt während des Herbstmarkts finden Schlieremerinnen und Schlieremer gebrauchtes Spielzeug für ihre Kinder. Der offene Bücherschrank im Stadtzentrum erfreut sich grosser Beliebtheit und auch der jährliche Nimm- und Bringmarkt der Bibliothek ist stets sehr gut besucht.

Bezüglich Foodwaste bestehen privatwirtschaftliche Angebote auf dem Markt. Über die App "too good to go" können Einwohnerinnen und Einwohner in verschiedenen Geschäften und Restaurants in Schlieren vergünstigte Esswaren abholen, welche am nächsten Tag nicht mehr verkauft werden dürften.

1.4. Zukünftige Handlungsfelder

Wie eingangs erwähnt, sind im Regierungsprogramm 2022–2026 ein Handlungsfeld und dazugehörige Massnahmen zur Kreislaufwirtschaft festgehalten. Unter den Handlungsfeldern "Kreislaufwirtschaft fördern" und "Netto-Null-Strategie umsetzen" sind u. a. aktuell folgende Massnahmen zur Bearbeitung und Umsetzung angedacht:

- Getrennte Abfallstationen an publikumsintensiven Orten installieren
- Répair-Café initiieren
- Für den Bau von öffentlicher Infrastruktur nach Möglichkeit Holz als Baustoff oder Recyclingbeton verwenden
- Abwasser-Wärmerückgewinnung im Gebäude
- Abfall trennen und Ausbau Grünentsorgung
- Kommunikation und Sensibilisierung bzgl. Wasser und Abfall
- Regenwasser-Nutzung, Duschwasser-Nutzung
- Abfallvermeidung nach 3R-Prinzip (Reduce, Reuse, Recycle)

Das neue Regierungsprogramm sieht ausserdem ein Gemeinschaftszentrum vor. Angebote wie Répair-Café und Tauschbörsen werden in diesem Zusammenhang geprüft und nach Möglichkeit in Zusammenarbeit mit Freiwilligen umgesetzt.

2. Erwägungen

Der Stadtrat setzt bereits vielfältige Massnahmen im Sinne der Kreislaufwirtschaft um und unterstützt sinnvolle Projekte aus der Bevölkerung. Das aktuelle Regierungsprogramm sieht weitere wichtige Handlungsfelder und Massnahmen hin zu einer Kreislaufwirtschaft vor, deren Planung und Umsetzung in der aktuellen Legislaturperiode erfolgen werden.

Die kantonale Strategie zur Kreislaufwirtschaft sollte ca. Ende 2023 durch den Regierungsrat verabschiedet werden. Die darin enthaltenen Vorgaben und Handlungsfelder, welche die Gemeinden betreffen, werden dannzumal zusätzlich in die Planung der Stadt aufgenommen und umgesetzt.

Die Anliegen des Postulanten sind teilweise bereits in Umsetzung und/oder in den Führungs- und Steuerungsinstrumenten der Stadt aufgenommen, so dass diese unter Beachtung der notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen sowie der übergeordneten Vorgaben geplant und umgesetzt werden können.

Der Stadtrat beschliesst:

1. Dem Gemeindeparlament wird beantragt zu beschliessen:

Das Postulat von Manuel Kampus betreffend "Kreislaufwirtschaft in Schlieren" wird im Sinne von § 92 der Geschäftsordnung des Gemeindeparlaments als erledigt abgeschrieben.

Behandlung im Gemeindeparlament

Manuel Kampus (Grüne) erklärt, dass es heute wahrscheinlich eine schnelle Sitzung gibt. Er ist einverstanden mit der Abschreibung des Postulats. Der Stadtrat hat es schnell aufgenommen und in sein Regierungsprogramm 2022–2026 mit verschiedenen Massnahmen implementiert. Der Fraktion Grüne ist es auch bewusst, dass es zur Kreislaufwirtschaft mehr braucht wie nur die Abfallbewirtschaftung. Der Stadtrat hat dies aufgenommen und man wird nächstes Jahr sehen, wie es umgesetzt wird. Die Fraktion Grüne wird dabei genau hinschauen. Der Postulant hofft, dass im Geschäftsbericht 2022 dazu etwas ausgeführt wird.

Stellungnahme des Stadtratspräsidenten

Stadtratspräsident Markus Bärtschiger wünscht das Wort nicht.

Parlamentspräsidentin Olivia Boccali stellt fest, dass keine weitere Wortmeldung und kein Antrag zur Belassung auf der Pendenzenliste vorliegen.

Das Gemeindeparlament beschliesst gemäss § 69 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Gemeindeparlaments:

1. Das Postulat von Manuel Kampus betreffend "Kreislaufwirtschaft in Schlieren" wird als erledigt abgeschrieben.
2. Mitteilung an
 - Stadtschreiberin
 - Archiv

Gemeindeparlament

Präsidentin

Sekretärin

Stimmzählende